

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL J. PETER, President.
Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 12½ Cents;
durch die Post, bei Vorausbezahlung, per Jahr \$6.00; sechs Monate \$3.00;
drei Monate \$1.50; bei Vorausbezahlung von zwei Jahren \$10.00.
Preis des Wochenblatts bei Vorausbezahlung \$2.00 das Jahr.
1207-1209 Howard Str. Telephone: TYLER 146. Omaha, Nebraska.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

THE POLITICAL CREED OF THE TRUE AMERICAN

I believe in the United States of America as a Government of the People, by the People, for the People; whose just powers are derived from the consent of the governed; a Democracy in a Republic; a Sovereign Nation of many Sovereign States; a perfect Union, one and inseparable; established upon those principles of Freedom, Equality, Justice and Humanity for which American Patriots sacrificed their Lives and Fortunes.

I, therefore, believe it is my Duty to my Country to Love it; to Support its Constitution; to Obey its Laws; to Respect its Flag and to Defend it against all enemies.

Omaha, Neb., Freitag, den 17. Januar 1919.

Nationale Prohibition

Nebraska kann für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, der 36. und letzte Staat, der dazu nötig war, gewesen zu sein, der das Nationale Prohibitions-Amenagement angenommen hat. Damit wurden die persönlichen Rechte des Menschen in diesem Lande auf lange Zeit hinaus zu Grabe getragen, denn bereits ein Jahr später, also höchstens am 1. März 1920 wird Prohibition ein Teil des Grundgesetzes des Landes sein — wenn nicht vielleicht die Gerichte noch Einspruch erheben, wofür allerdings nur die wenigste Aussicht vorhanden ist.

Was bedeutet das?

Nach der Mächtigkeit und Wichtigkeit mit der die ganze Frage zuerst im Kongress und seither in den verschiedenen Gesetzgebungen behandelt wurde, zu urteilen, möchte man annehmen, das Vorliegen eines Zusatzes zur Bundes-Verfassung und die Abstimmung darüber und Annahme desselben seitens der Staatsgesetzgebungen sei eine recht alltägliche Sache, die nicht gar so viel zu bedeuten habe, und die voranschreitenden Folgen der Annahme dieses besonderen Zusatzes seien recht nebensächlicher Natur. In Wirklichkeit werden sie von unberechenbarer Schwere und unabsehbarer Tragweite sein. In Wirklichkeit bedeutet die Annahme des Prohibitionszuzufuges zu der Verfassung viel, unendlich viel mehr als die weitaus meisten Bürger — selbst die meisten Gegner der Prohibition! — soweit auch nur zu ahnen scheinen.

Sie bedeutet nicht „nur“ Konfiskation des Eigentums, Zerstörung der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, Einschränkung der persönlichen Freiheit vieler Millionen — also schweres Unrecht gegen die von der Verfassung gewährtesten Freiheiten der Bürger — sondern sie bedeutet eine tätliche Vergewaltigung der Verfassung selbst; eine Vergewaltigung, die diese Verfassung ihres ursprünglichen guten Geistes und Zweckes beraubt, und sie aus dem unerschütterlichen Schutzwall gegen Tyranni und Unterdrückung (der Bürger) zu einem bequemeren Werkzeug der Tyrannei macht und zu einem Mittel zur Unterdrückung der Bürger und zur Verstärkung der Freiheit, die zu gewährleisten und allen etwaigen Angriffen gegenüber stehen zu helfen sie erformen und niedergeschrieben wurde.

Die Einführung der nationalen Prohibition durch diesen Verfassungszusatz würde in Wahrheit gleichbedeutend sein mit dem Siege einer Revolution gegen das Grundgesetz und den Grundgedanken Amerikas, und würde, so gewiß wie der Morgen auf die Nacht folgt, zu einer Gegenrevolution führen, die nicht so ruhig verlaufen dürfte, wie die sich jetzt vollziehende Ausbreitung des amerikanischen Freiheitsgedankens aus den amerikanischen Ländern.

Das heißt, schreibt die „Chicago Abendpost“, viel behaupten — nicht zu viel. Wenn die Verurteilung des Gesagten noch nicht böllig einleuchtet, der wird seine Wahrheit noch erkennen. Denn es ist noch nicht aller Tage Abend, und die Hoffnung, daß das in Aussicht stehende Unheil noch abgewendet werden mag, ist noch nicht aufgegeben. Ein Verfassungszusatz, der dem Geiste der Verfassung so widerspricht wie dieser Prohibitionszuzug, der in seinem Wesen und der ganzen Art und Weise seiner Verlegung vor die Gesetzgebungen der Staaten die Verfassung selbst so gräßlich vergewaltigt, kann nicht als verfassungsmäßig gelten! Das Bundesobergericht ist noch da, und seine Urteilung ist gewiß, und das amerikanische Volk hat seinen gesunden Menschenverstand und sein Urteilsvermögen noch nicht gänzlich verloren, wenn auch seine Vertreter im Kongress und in den Staatsgesetzgebungen in der Behandlung der Prohibitionsfrage darauf verzichteten.

Wißend wurde die Frage gemeint nur vom Standpunkte der „Rassen“ und „Tropfen“ erörtert; das Prohibitionsamendment wurde nur von den unmittelbar betroffenen Interessierten und in deren Interesse bekämpft und scharf damit den großen Publikum in der Hauptfrage nur eine Interessensfrage, nicht die große Volksfreiheitsfrage, die sie in Wirklichkeit ist. Die Interessensfrage beschränkte und veränderte dem Wolfe den Horizont und Ausblick, so daß es die Gefahr, die seiner Freiheit droht, nicht recht erkannte. Sie hielt viele davon ab, in den Kampf gegen das Prohibitionsamendment einzutreten, weil sie nicht als „Freunde“ der „Bier- und Schnapsinteressen“ gelten wollten.

Das gilt auch für die Volksvertreter im Kongress und in den Gesetzgebungen. Sie ließen sich, wie ein guter Teil der Bürgerschaft, narren von dem Bohnen der Anrüchlichkeit des Eintretens für die „Schnaps- und Bierinteressen“, den die Prohibitionsinteressen aufstellten. Sie werden sich nicht mehr einschließen lassen, wenn gezeigt wird, daß es sich nicht oder nicht mehr um Bier und Schnaps, „näs“ oder „Tropfen“, handelt, sondern um die Verfassung, unter der das Land groß, stark und reich wurde; um die Freiheiten, denen das amerikanische Volk seine Größe verdankt, und um die Erhaltung der Demokratie in ihrer Heimat — die Erhaltung der amerikanischen Demokratie, die der übrigen Welt zu sichern Amerika Gut und Blut in Strömen ausgießt.

Das wird geschehen.

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Zum Ableben des Ex-Präsidenten Roosevelt; Plan für Liga der Nationen findet Unterstützung.

Washington, 16. Jan. (Eigenbericht). In den ersten drei Arbeitstagen der Woche fand der Kongress vollständig unter der Leitung, welche das Wichtige Ableben des früheren Präsidenten Roosevelt nicht allein unter seinen Parteigenossen, sondern auch seinen politischen Gegnern herbeizuführen halfte, die in ihm den kühnen Amerikaner sahen, einen Mann von reicher Energie und gewaltigen Arbeitskraft, einen großen Patriot und eine treibende Kraft im Leben seines Volkes. Die politische Energie war vergessen. Der Tod des Mitbürgers, der eine so große Rolle in der gegenwärtigen Geschichte des amerikanischen Volkes gespielt hatte. In die allseits und jede Animosität aus, und allgemein war das Gefühl, daß in Roosevelts Ableben eine der interessantesten und bedeutendsten Persönlichkeiten des Landes von der Bühne der Politik abgetreten sei.

Es war nur natürlich, daß sehr bald die Frage lebhaft debattiert wurde, welche einen Einfluß der Tod des Ex-Präsidenten auf die republikanische Partei haben werde. Es wird angenommen, daß die zwischen den Mitgliedern der alten „republikanischen Garde“ und den Progressiven immer noch bestehenden Differenzen verschwinden und völlige Harmonie unter den Anhängern der „Grand Old Party“ und den Befürwortern fortschrittlicher Reformen und Anpassungen stattfinden wird. Ob das wirklich geschehen wird, erscheint zweifelhaft, denn die Meinungsverschiedenheiten galten nicht allein der Person des Präsidenten Roosevelts - Kandidaten, sondern mehr noch den Prinzipien, welche maßgebend für die politische Haltung der beiden Elemente der republikanischen Partei waren und noch sind. Diese Gegensätze lassen sich nicht überbrücken. Sie verstärken sich vielmehr. Zur Zeit dreht sich der Konflikt innerhalb der Partei um die Unterstützung oder Verwerfung der „Liga der Nationen“, für welche Präsident Wilson die Staatsmänner der Entente zu gewinnen sucht. Ex-Präsident Taft hat keine Parteigenossen im Senat davor gewarnt, daß ein Versuch ihrerseits, den Friedensvertrag zu verwerfen oder seine Ratifizierung zu verzögern, falls darin eine Liga der Na-

tionen mit den Vereinigten Staaten als Mitglied, um Frieden aufrecht zu erhalten, vorgesehen ist, die Chancen eines republikanischen Erfolges bei der Präsidentenwahl im Jahre 1920 wesentlich und in erster Weise bedrohen würde.

Zu der Kontroverse hat auch der Marine-Sekretär des Präsidenten Cleveland, Hilary A. Herbert, der das 85. Lebensjahr demnächst vollendet und das erwählte Amt in den Jahren 1893 bis 1897 bekleidete, das Wort ergriffen. Herr Herbert blieb, nachdem er aus dem Kabinett geschieden war, in Washington und setzte dort die Anwaltspraxis fort, welche er früher in Montgomery, Ala., betrieben hatte. Der große Staatsmann ist ein energischer Befürworter der Liga der Nationen. Er bezeichnet Herrn Wilson als den „praktischsten Präsidenten, welchen die Vereinigten Staaten gehabt haben, seit George Washington die neue Regierung in Betrieb gesetzt hatte.“ Der Staatenbund, wie er durch die Konstitution von 1787 geschaffen worden wäre, sei auch ein neues Experiment gewesen, und doch habe es sich glänzend bewährt. Die Konstitution der Vereinigten Staaten sei am 4. März 1789 in Kraft getreten. Nord-Carolina sei dem Bunde angeschlossen, und Rhode Island sogar achtzig Monate ferngeblieben. Die Kogit der Ereignisse werde alle Nationen schließlich zwingen, dem von Präsident Wilson geplanten Völkerbunde beizutreten. Die Argumente, welche Ex-Marine-Sekretär Herbert für die Liga der Nationen ins Feld führt, sind namentlich deshalb interessant, weil sie auf die Erfahrungen unseres Staaten-Bundes zurückgreifen. Über jeder Vergleich hinaus. Die Verschiedenheit der Massen, der Sprache und der nationalen Interessen, welche in der Liga der Nationen ihren Ausgleich im Interesse des Weltfriedens finden soll, sieht in krassem Gegensatz zu der Gemeinsamkeit der Ziele und Beirhebungen, der Gleichartigkeit der Gesinnung, welche der Freiheitstämpf in den Kolonien erzeugt hatte, und der Einheit der Sprache, welche für den neuen Staatenbund maßgebend war.

Es ist ein beachtender Zug des amerikanischen Kunst- und Musiklebens gewesen, daß erst die Anerkennung Europas amerikanischen Künstlerinnen und Komponisten in den Vereinigten Staaten sich zu verleihen und Bewunderung verschaffte. Das wiederholt sich, wenn auch auf anderem Gebiete dem Präsidenten Wilson gegenüber, der bei seinen Landsteuern eine bedeutende höhere Einschätzung gefunden hat, seitdem seiner Staatskunst in Europa ein so glänzendes Zeugnis ausgesprochen worden ist. Auch unter den republikanischen Mitgliedern des Kongresses mehren sich die Stimmen, welche von Bewunderung und Anerkennung für das diplomatische Geschick des Präsidenten widerhallen und den Tribut glühender Anerkennung dem Manne nicht verjagen, der den Mut gehabt hat, mit der Tradition zu brechen und außer Landes zu gehen, um seinen Ideen und Idealen Geltung zu verschaffen. Es ist die beständige Zunahme der Popularität Herrn Wilson's, welche seinen Parteigegnern trübe Stunden bereitet. Die Präsidentenwahlkandidaten werden in nächsten Jahre nominiert werden, und auf republikanischer Seite fehlt trotz allen Zudrängens immer noch der Mann, der geeignet wäre, als Gegenkandidat gegen den Bannerträger der demokratischen Partei anzutreten, und derselbe wird wiederum heißen—Woodrow Wilson. Man ist seither wie je davon überzeugt, daß der Präsident abermals kandidieren wird und sich um die Tradition, welche gegen einen dritten Präsidenten-Termin sich aufspricht, ebenso wenig kümmern wird, wie um die, welche dem ersten Beamten unserer Republik angeblich nicht gestattet, außer Landes zu gehen. Die Lösung der Konstitutions-Probleme, namentlich aber der Ausbau der Liga der Nationen, macht, wie behauptet wird, eine längere Amtsdauer Präsident Wilson's dringend geboten. Dieser Lebensehrgeiz verleiht sich auch solche Demokraten nicht, welche als Präsidentenwahl-Kandidaten genannt worden sind.

Als militärische republikanische Präsidentenwahl-Kandidaten sind die Generale Pershing, Pershing Brown, der Militär-Gouverneur in den von amerikanischen Truppen besetzten Teilen von Deutschland, und Leonard Wood vorgezogen. Letzterer soll namentlich in Kansas, Nebraska und anderen Staaten des Mittel-Westens und in solchen der Rocky Mountain-Gegend zahlreiche Anhänger und Bewunderer haben und als der logische Erbe der Roosevelt'schen Aspirationen und Traditionen gelten.

— Bedienen Sie sich der Klaff-Ferula ist überraschend—die Anführer Anger der Tribune! Der fosten nur einzig.

Bericht Euch bei Eurer Einkäufen auf diese Zeitung.

897 Namen auf der Ehrenliste der Täglichen Omaha Tribune

Sieben weitere Bankeine können wir heute anmelden, deren Gesamtzahl auf 897 gestiegen ist. Wir sollten morgen das 9. Hundert übersteigen und dann mit neuer Energie die letzten nöthigen 100 zu erreichen suchen, damit wir, wenn irgend möglich, die Ehrenliste noch diesen Monat zum Abschluß bringen können. Unter den neuzugewonnenen Bankeinen befinden sich zwei, die aus von freiwilligen Arbeitern verschafft wurden. Diese Mitarbeiter sind die Herren John Mattes in Nebraska City und Carl Rohde in Columbus. Beide Herren haben versprochen, weitere Anzeigen im Interesse der Ehrenliste machen zu wollen, so daß sie noch in diesem Monat 1,000 Mitglieder erreichen und dann abgeschlossen werden kann.

Unsere jetzige Aufgabe ist es also, mit neuer Kraft auf unser Ziel von 1,000 Bankeinen zuzustreben. Dieses Ziel werden wir sicher in der festgesetzten Zeit erreichen, wenn uns unsere geschäftlichen Leser in etwas liberalerer Weise als bisher entgegenkommen und unsere freiwilligen Mitarbeiter sich noch etwas mehr betätigen. Daß sie das tun werden, davon sind wir überzeugt und sagen ihnen bereits im Voraus unser Dank.

Wir haben bei Erhöhung des Abonnementspreises auf \$6 das Jahr angekündigt, daß wir die Zeitung noch zu \$10 bei Vorausbezahlung von zwei Jahren liefern würden, bis wir 1,000 Bankeine beisammen haben. Das sollte doch ein hinlänglicher Grund für viele sein, gleich zwei Jahre im Voraus zu zahlen. Es bedeutet eine Ersparnis von \$2. Eigentlich können wir diese zwei Dollars nur schwer entbehren, wir brauchen aber die Bankeine viel nötiger und deshalb sind wir bereit, ein Opfer zu bringen. Dies sollte aber von Seiten unserer Leser auch Anlaß finden und sie anspornen, uns zu helfen, das uns gesetzte Ziel von 1,000 Bankeinen zu erreichen. Wir hoffen deshalb, daß, auf diesen ercenten Anruf hin, die Ehrenliste in den nächsten Tagen wieder rascher wachsen wird.

THE Tribune's English Section

(Devoted to the interpretation and furtherance of real Americanism and true democracy; supplementing and re-enforcing our general editorial policy of expounding and defending the ideals and institutions of the American people; printed in English for the benefit of all classes; and designed to spread a knowledge of the English language among our foreign-born citizens.)

A Fair Sample Of "Catholic War News Service."

Maternity Aid Urged By Children's Bureau.

Influenza Has Reached Samoa And Claimed 6,000 Victims.

As a sample of the irresponsible news items sent to the Catholic papers of the United States and Canada by the so-called "Catholic War News Service" we reprint the following item, which had its origin in the fertile imagination of some equally irresponsible scribe: PREMIER CLEMENCEAU IN THE PULPIT.

The "Gaulois" is responsible for the statement that at a thanksgiving service held in Lille, after its restoration to freedom, the French Premier, M. Clemenceau made an appearance in a Catholic church. On the previous day the Premier had personally thanked the priest of the town for his heroic conduct, and the latter had sought, as his "only reward," that the Premier should attend the "Te Deum" of thanksgiving. M. Clemenceau apparently not only did this, but at the end of the Te Deum he mounted the pulpit and addressed a few words to the congregation, who started themselves and their curé by breaking out into cheers.

M. Clemenceau asked the congregation to transfer their tribute to "that great citizen (Marshal Foch) who had never lost faith in the country," which the London Universe thinks he might have amplified by adding "nor in his God." The French Premier continued his short discourse by saying "I know it is not customary for a member of the congregation to speak in church, and I have never done so before, but I could not restrain my emotion." It is said that this is M. Clemenceau's first appearance in any church, which would account for part of his concluding remarks. There are many in France who hope that this may not be his last appearance in a Christian church.

It would seem well-nigh incredible that Catholic papers should reprint such fantastic reports. Still items sent out by the "Catholic War News Service" have been given space in Catholic papers, and it is from one of these, the "Northwest Review" of Winnipeg, Canada, that we have culled the item reprinted above. It is almost needless to say that it has no foundation in fact and that the report has been flatly denied by responsible persons.

The War Against Peace.

Writing on the same subject, the "New Republic," in its issue of December 28th, has this to say:

If the real issues at stake in the peace congress remain obscure, it will not be the fault of the Senators Lodge and Knox. They do not say, in so many words, that the conception of the great struggle in Europe as a war to end war was just a delusion employed by crafty statesmen to stifle democratic morale. They do not say that the idea of a stable peace, founded upon international co-operation and good will, is repulsive to them. They do not say that their hopes for the future involve a renewal of the struggle for power in which America will occupy a larger and larger part in the affairs of the world, utilizing occasions of strife between other nations to advance her own imperial power. Yet such are the plain implications of the policies proposed by Senators Lodge and Knox.

Senator Lodge's argument looks innocent. Will not the peace congress have its hands full enough with the concrete problems, territorial, financial, commercial, arising out of the war just ended? Must it scatter its energies by embracing the complicated task of organizing a League of Nations? The obvious reply is that the most vital problems of the peace demand one solution if the epoch of wars is to be wound up and another solution if we are to look forward to an unending series of new wars. If we premise the peace upon new wars, we shall have them. If we premise it upon a stable international order, we have at least a working chance of expelling war from the conventional scheme of political affairs.

If the peace congress were to disband with the League of Nations merely a pious hope, what ought France to do about the boundary question? Holding Alsace-Lorraine, she would incur some risk of a German war of revenge. It would be the business of the French statesmen to see that in such a war Germany would have an initial handicap to overcome. The annexation of all German territory west of the Rhine would weaken German military power. The splitting up of Germany into a number of antagonistic states would still further increase the chances that France would come off victorious in any future war. That means a reversion to the policy of Louis XIV. All these dispositions for the strengthening of France and the weakening of Germany would necessarily excite in Germany a desire for a war for liberation and unity. Possibly the German power to win would be weakened in greater measure than the German will to win was strengthened. That is the object of the politics of power. But such a condition would bode ill for the peace of Europe.

"Economic Aspects Of The War".

Organ Of Protective Tariff League Applies Economic Interpretation To Recent Struggle.

The economic factors involved in the world-war and the influence they had in bringing it on must not be minimized. Yet few will go to the extreme of assigning the principal role to these factors. Yet this is done by the American Economist, in its issue of Dec. 27, in an article entitled: "Economic Aspects of the War." It is worthy of note that the "Economist" is published weekly at New York by "The American Protective Tariff League." It is interesting to see the exponents of the protective tariff placing themselves in the same class with those who apply the economic interpretation to all historical occurrences, and with whom they usually so utterly disagree. Says the "Economist":

In 1915 Professor Edwin J. Clapp of the New York University published a book entitled "The Economic Aspects of the War." In view of the criticism of the statement of the "American Economist" several weeks ago, that the war was "an economic war," it is interesting to briefly review this volume, and especially to compare its conclusions with the present controversy between Great Britain and the United States, on the question of "freedom of the seas."

At the outset Professor Clapp says: "From the very beginning the war went beyond the limit of military and naval actions. It became an 'economic war', namely, a process of interrupting the flow of commerce between neutrals themselves. The purpose was to deprive the interrupted belligerent of necessities of military, industrial and civil life, and so bring upon the enemy nation 'pressure' sufficient to end the war. But an economic war of this sort is also an economic war against neutrals. ... The economic war began in 1914."

Up to that time there were three landmarks of agreements presumably governing the rights of neutrals on the high seas:

- First—The Declaration of Paris at the close of the Crimean war.
- Second—The Hague Convention.
- Third—The Declaration of London.

THE LONDON CONFERENCE AND WHAT HAPPENED AFTER.

In 1909 the British Government called together what was called the London Conference to codify the laws of the sea. All the leading nations took part. The result was the Declaration of London, signed by all the great powers whose representatives attended. The London Conference fixed the rights of neutrals on the seas, which rights included freedom of trade and freedom from interruption in trade between neutral countries.

The provisions of the London Conference were speedily disregarded by both England and Germany. England attempted to maintain a blockade against Germany, and Germany retaliated by planting floating mines in the North Sea and employing submarines. The result was great loss of neutral ships and cargoes.

Great Britain then gradually disregarded entirely the provisions of the London Conference by what was called "Orders in Council." As a result a practical abolition of the rights of neutrals followed. Neutrals could not only not trade with Germany, but could not trade with each other — a manifest violation of the terms of the London Conference and the long-standing "freedom of the seas" for neutrals. The situation became a struggle between British cruisers and German submarines, in which neutrals, including at that time the United States, were the heaviest sufferers.

Further "Orders in Council" by Great Britain and what was conceded to be, in the light of the London Declaration, an illegal blockade, practically subverted the solemn international agreement, and extended the contraband list, until a heavy economic burden was laid upon all neutrals, especially upon the United States. It was impossible for American shippers to ship goods to any point in the world without the consent of Great Britain. Almost everything was declared contraband by Great Britain and subject to seizure. The effect was complete paralysis of American foreign trade, except with the consent of Great Britain through British consuls in America. Every American shipper to Cuba or South America, for instance, was compelled to get the consent of the British Consul and sign a lot of papers to insure the safety of his goods from seizure. This was not "freedom of the seas."

RESULTS OF BRITISH BLOCKADE.

All this stopped trade not only with Germany but with all neutrals. The extension of contraband was protested by the United States, but without avail. The Wilhelmina's cargo of foodstuffs bound for a neutral port was seized by Great Britain. There was no law permitting this, but Great Britain made a new "Order in Council" to cover the case, permitting England to requisition, without trial, the cargo of any ship brought into a British port.

In retaliation, Germany, claiming starvation, declared the waters around Great Britain a war zone, and claimed the right to search and destroy neutral as well as enemy ships without warning. Even the safety of the passengers and crews was not guaranteed. The United States protested against both Great Britain and Germany. Germany agreed to desist, but Great Britain refused. The controversy culminated in a blockade and starvation of Germany, and the sinking of the Lusitania. Both nations resorted to illegal acts.

The United States was faced with a great loss of trade and a loss of millions in import duties. Great Britain's arbitrary extension of the contraband list aroused the indignation of farmers, north and south. Even food for civilians in neutral countries was placed on the contraband list and seized by England. Finally the Secretary of State dared to tell Great Britain that she was violating the law, and Balfour conceded it. But this concession was not made until Southern Democrats in Congress, notably Hoke Smith, kicked up a row and secured the active support and even threat of the President in their behalf. "Buy a Bale" campaigns were started throughout the South and portions of the North. The President himself joined the crusade against the contraband of cotton. Only then did Balfour yield. This was in October, 1915, before the United States entered the war. Up to that time Great Britain's "black list" included wool, copper, rubber, cotton, foodstuffs and almost everything needed in the world's industries.

The foreign trade of the U. S. was thus practically under the control of Great Britain. In this way Great Britain ruled the economic destiny of the United States, as a result of the war.

BRITAIN'S RULE OF THE SEAS.

Thus, Great Britain absolutely ruled the seas and wholly abrogated the "rights of neutrals on the high seas" as agreed to in the London Conference of 1909. Great Britain justifies such action on the ground of war necessities; but that does not obviate the fact that the economic aspects of the war were gradually destroying the foreign trade of the United States, except in so far as Great Britain gave her consent.

Great Britain sought to starve Germany, and undertook to stop the United States from trading with Germany or even sending food to the civilian inhabitants. This was a violation of precedent as well as modern agreement; for in 1793, President Jefferson wrote to Thomas Pincney, our Minister to England, regarding England's stoppage of our food shipments to France, when England and France were at war:

"We were to withhold from her (France) supplies of provisions, we should in like manner be bound to withhold them from her enemies also, and thus shut to ourselves all the ports of Europe where corn is in demand, or make ourselves parties in the war. This is a dilemma which Great Britain has no right to force upon us, and for which no pretext can be found in any part of our conduct. She may, indeed, feel the desire of starving an enemy nation, but she can have no right of doing it at our loss nor of making us the instrument of it."

While the United States later entered the war and fought with Great Britain against a common enemy, it is perfectly clear that Great Britain violated all agreements and all precedent relative to the "freedom of the seas," and the rights of neutrals.

THE "FREEDOM OF THE SEAS."

This "freedom of the seas" is a part of the great policy of Protection to the United States and her national interests. Great Britain must concede this. Until she does, her right to "rule the seas" and control the commerce of all nations for her own ends, must act as an excuse for the United States to have a navy as great as England's, to protect our own trade and commerce. In this way (by Protection) can the United States have control of her economic future.